

Russland-Sanktionen: GOP-Senatoren suchen Balance zu Trump

Ein parteiübergreifendes Gesetz zur Sanktionierung Russlands gewinnt im Senat an Fahrt und könnte bald zur Abstimmung kommen, während republikanische Gesetzgeber versuchen, ein ausgewogenes Verhältnis zur Präsidentschaft von Donald Trump zu wahren.

Optimistische Stimmen aus dem Senat Wichtige Unterstützer des Gesetzes zeigen sich optimistisch und glauben, dass das Paket die Unterstützung des Präsidenten hat. Mehrheitsführer John …



Ein parteiübergreifendes Gesetz zur Sanktionierung Russlands gewinnt im Senat an Fahrt und könnte bald zur Abstimmung kommen, während republikanische Gesetzgeber versuchen, ein ausgewogenes Verhältnis zur **Präsidentschaft von Donald Trump** zu wahren.

Optimistische Stimmen aus dem Senat

Wichtige Unterstützer des Gesetzes zeigen sich optimistisch und glauben, dass das Paket die Unterstützung des Präsidenten hat. Mehrheitsführer John Thune erklärte am Mittwoch, dass der Senat die Gesetzgebung möglicherweise vor der Sommerpause aufgreifen könnte.

Bipartisaner Konsens und Herausforderungen

Ein Gesetz mit parteiübergreifender Unterstützung und mehr als 80 Mitunterzeichnern könnte im Senat schnell vorangetrieben werden. Eine Herausforderung für die GOP-Führung besteht jedoch darin, nicht vor dem Weißen Haus zu agieren.

Republikanische Senatoren haben Maßnahmen ergriffen, um nicht den Eindruck zu erwecken, den Präsidenten in dieser Angelegenheit zu drängen. Dies ist besonders wichtig, da sich **Trumps Ansichten** über Russland und die Ukraine gelegentlich geändert haben.

Absprachen mit dem Weißen Haus

Thune betonte, dass die Senatoren in engem Kontakt mit dem Weißen Haus und ihren Kollegen im Repräsentantenhaus stehen, während die GOP-Führung plant, diesen Monat über das parteiübergreifende Gesetz abzustimmen. Auf die Frage, ob er mit Trump über den Zeitplan der Abstimmung gesprochen habe, antwortete Thune: „Wir kommunizieren mit dem Weißen Haus. Unser Team steht regelmäßig in Kontakt mit dessen Team.“

Trump zeigt Interesse an dem Gesetz

Trump äußerte am Dienstag, dass er das Gesetz „genauer betrachtet“ und stellte fest, dass der Senat es möglicherweise „vollständig zu [seiner] Option“ verabschieden werde. Der Präsident kritisierte auch, was er als „Bullsh*t“ bezeichnete, den sein russischer Amtskollege Vladimir Putin verbreite, und bekundete seinen Unmut über Putins rückläufige Bemühungen

um einen Frieden in der Ukraine.

Wichtige Botschaften und mögliche Auswirkungen

Am Mittwoch bezeichnete Thune das Sanktionierungsgesetz als eine „wichtige Botschaft, die wir jetzt senden sollten“. Die Republikaner haben betont, dass die Gesetzgebung dem Präsidenten Handlungsfreiheit gewährt. Senator Lindsey Graham, der das Gesetz im Senat unterstützt, lobte die Bestimmung, die Trump die Möglichkeit gibt, Sanktionen später aufzuheben.

Fortschritte und Zielsetzungen

Graham sagte am Mittwoch: „Mein Ziel ist es, das Gesetz vor der Sommerpause auf den Schreibtisch des Präsidenten zu bringen. Es gibt eine Klausel, die dem Präsidenten Handlungsfreiheit gibt. Ich habe letzte Woche mit dem Präsidenten darüber gesprochen. Er denkt, dass das Gesetz hilfreich sein wird. Also werden wir es ihm zukommen lassen.“

Wechsel der Strategie

Der Republikaner aus South Carolina informierte die Presse am Dienstag darüber, dass Trump ihm gesagt habe: „Es ist Zeit zu handeln. Also werden wir voranschreiten.“ Graham erklärte weiter: „Gestern konnte man erkennen, dass der Präsident bereit ist, die Richtung zu ändern, und dieses Gesetz wird ihm erhebliche Handlungsfreiheit gegenüber China und Indien geben, die Putins Kriegsmaschinerie unterstützen. Der einzige Weg, wie dieser Krieg enden kann, ist, Putins Kunden den Druck zu erhöhen.“

Debatte um die Aufhebungsmöglichkeiten

Auf die Frage, ob er das Sanktionierungsgesetz unterstütze,

sagte der republikanische Senator Josh Hawley am Mittwoch: „Ich werde mit dem Präsidenten darüber sprechen. Ich weiß, dass er, Lindsey, gesagt hat, dass der Präsident es unterstützt—er möchte darauf vorankommen. Ich habe geplant, bald mit dem Präsidenten darüber zu sprechen.“

Gegensätzliche Ansichten zur Gesetzgebung

Senator Richard Blumenthal, der führende demokratische Mitunterzeichner des Gesetzes, argumentierte, dass die Befugnisse des Präsidenten zur Aufhebung von Sanktionen in diesem Paket „sehr begrenzt und eingeschränkt“ seien. Er betonte: „In diesem Gesetz gibt es eine gesetzgeberische Aufsicht. Wir können den Präsidenten überstimmen, wenn wir mit ihm nicht einverstanden sind, und wir gewähren ihm daher nicht unbegrenzte Vollmachten zur Aufhebung der Sanktionen.“

Schlussfolgerung und Druck auf Putin

Blumenthal fügte hinzu: „Niemand sollte hier davon ausgehen, dass es eine Aufhebung dieser Sanktionen geben wird. Sie sind verheerend und zwingend. Vladimir Putin sollte verstehen, dass, wenn er an den Verhandlungstisch kommen möchte, jetzt der richtige Zeitpunkt ist. Andernfalls wird seine Wirtschaft erheblich getroffen, denn Indien und China haben jeden Anreiz, anderswo nach Öl und Gas zu suchen.“

Dieser Bericht wurde von CNN-Reporter Kevin Liptak mitverfasst.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)